

zen und die bedingungslose und uneingeschränkte Anerkennung der territorialen Integrität und Souveränität aller europäischen Staaten eine grundlegende Voraussetzung des Friedens auf dem Kontinent ist.

Sie schätzen ein, daß der vor 10 Jahren mit der Konferenz von Helsinki begonnene Prozeß sich bei der Schaffung der notwendigen Bedingungen für Frieden, Sicherheit und gleichberechtigte Zusammenarbeit in Europa als lebensfähig und unersetzlich erwiesen hat.

Bei dem Meinungsaustausch zu Fragen der Stockholmer Konferenz bekundeten beide Seiten ihre feste Absicht, zur Herbeiführung substantieller Vereinbarungen über Maßnahmen der Vertrauensbildung, der Sicherheit und Abrüstung auf diesem Kontinent beizutragen.

Beide Seiten betonten die unersetzliche Rolle und Bedeutung der Vereinten Nationen im Kampf für den Weltfrieden und für Sicherheit, für die unabhängige Entwicklung der Länder und für die Förderung der allseitigen, gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit. Davon ausgehend unterstrichen sie die Bereitschaft ihrer Länder, auch künftig auf der Grundlage der Prinzipien und Ziele der UN-Charta für die Stärkung der Effektivität der Vereinten Nationen bei der Lösung der wichtigsten internationalen Fragen einzutreten. Sie hoben die Bedeutung der Jubiläumstagung der Vereinten Nationen anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der UNO hervor, die beitragen soll zur Stärkung der Rolle der Weltorganisation bei der Lösung der Schlüsselprobleme unserer Zeit.

Die jugoslawische Seite wies auf aktuelle Fragen des Wirkens der Bewegung der Nichtpaktgebundenen als selbständigen und globalen Faktor der internationalen Beziehungen hin. Sie unterstrich die Rolle der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder im Kampf für Frieden und die Verhinderung einer nuklearen Katastrophe, für Abrüstung und Entspannung, für die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus und Apartheid sowie jede Form von Aggression, Einmischung und Bestrebungen, die Vorherrschaft auf politischem und ökonomischem Gebiet zu erlangen.

Die Gesprächspartner schätzten im Rahmen eines Meinungsaustausches zu aktuellen Problemen der ökonomischen Entwicklung in der Welt ein, daß die Erhaltung und Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit auf das engste mit der Lösung der angehäuften ernstesten Probleme in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen verbunden sind, insbesondere der Verschuldung, dem Protektionismus, dem Hunger und der technologischen Rückständigkeit, die am schwersten die Entwicklungsländer treffen. Sie unterstrichen die Notwendigkeit, daß alle Länder ihren Beitrag zur Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung auf gerechter und demokratischer Grundlage sowie zur Aufnahme globaler Verhandlungen im Rahmen der UNO leisten.